

Heilbronner Bildungslandschaft

- Weiterentwicklung des Konzepts der ergänzenden kommunalen Ganztagsangebote (043) und
- Sprachförderkonzept (038)

Bei den Themen Bildung und Sprachförderung besteht Partei übergreifend stets Einigkeit darüber, dass sie von außerordentlicher Bedeutung sind. Aber Kontroversen treten immer auf, wenn es darum geht, wie man sie konkret optimal vorantreibt. Und natürlich darüber, wie man sie finanziert.

Zum Sprachförderungskonzept, DS 038: Es ist nicht zu bestreiten, dass die Sprachförderung zunehmend „an Brisanz und Dringlichkeit gewinnt“. Das Heft über die Heilbronner Bildungslandschaft listet übersichtlich Bedarfsformulierungen und Handlungsempfehlungen auf. Wir begrüßen die Empfehlungen, die in dem Heft enthalten sind. Wie sieht es aber mit deren Realisierung aus? Uns ist aufgefallen, dass viele Empfehlungen als fromme Wünsche formuliert wurden. Es wird stets betont, was geschehen soll, aber die Chancen und Möglichkeiten der Umsetzung der Vorschläge werden nicht konkretisiert, zumal sie zumeist an das Land Baden-Württemberg gerichtet sind bzw. die Lehrerbildung betreffen.

Beispiele, ich zitiere: „Deutsch als Zweitsprache und sprachsensibler Unterricht sollten als Pflichtthemen in die Lehrerbildung einbezogen werden.“ / Als Unterstützer für die Schulen sollten Sprachbildungsberater ernannt werden, diese Lehrkräfte sollten „eine Freistellung von ihrer Lehrverpflichtung“ erhalten. / Schulen sollten „Stunden zur additiven Sprachförderung“ erhalten. / „Der Einbezug interkultureller Kompetenzvermittlung sowie interkultureller Sprachförderung sollte verbindlich in die LehrerInnenausbildung mit aufgenommen werden.“ „Um Sprachförderung in den Kindertageseinrichtungen zu implementieren, ...bedarf es finanzieller Ressourcen sowie zusätzlicher Personalressourcen.“ Später heißt es: Das KuMi stellte 30 zusätzliche Wochenarbeitsstunden für die Schulen zur Verfügung. Diese wurden jedoch vor einigen Jahren wieder reduziert. Die Vereinbarung besteht weiterhin, aktuell stagniert die Umsetzung.“ Warum? Was kann man dagegen tun?

Da stets darauf verwiesen wird, welche neuen Aufgaben den Lehrkräften übertragen werden sollen, muss auch gefragt werden, welche Entlastungen sie entsprechend erhalten sollen.

Richtig sind auch die Empfehlungen: „Schulen sollten durch das KuMi für die Kooperationsarbeit mehr Freistellungsstunden erhalten.“ „In Schulen mit Sprachförderbedarf sollten zusätzliche Lehrdeputate zur Verfügung gestellt werden. Aber: „Immer nur: sollten!“

„Neben der Qualifizierung der Fach- und Lehrkräfte wird insbesondere den Eltern Verantwortung übertragen. In Kooperation mit lokalen Bildungspartnern wird die Elternarbeit zum Thema Sprachförderung gestärkt.“ (DS 038, S. 3) Eine „intensive Zusammenarbeit mit den Familien“ wird gefordert. Wie soll diese erfolgen, wenn die Eltern kaum Deutsch sprechen? Nach Angabe der Broschüre „Heilbronner Bildungslandschaft“ sprechen über 70 Prozent der in HN lebenden Kinder zu Hause überwiegend nicht Deutsch“.

Die aim wird öfters genannt. Zahlt ihr die Stadt Finanzmittel? Erfahrungsberichte sind wünschenswert. Zum Beispiel über die Sprachkurse der VHS, auf die als besonders gelungene Angebote verwiesen wird. Auch in diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach den Kosten und der Finanzierung.

Auch dem Konzept der Ganztagschule (DS 043) können wir insgesamt durchaus zustimmen, aber keinesfalls jedoch den Entgeltsätzen, die drastisch erhöht werden sollen. „Die Ganztagesbetreuung an Schulen ist ein Teil des Bildungsauftrags“. Daher beantragen wir: „Die Gebühren sollen auf dem derzeitigen Stand bleiben. Die Gruppe DIE LINKE beantragt, dass die Stadtverwaltung sich bei der Landesregierung dafür einsetzt, dass die Kosten für die Ganztagesbetreuung durch die Landesregierung übernommen werden.“

Vergleicht man die beiden Drucksachen, dann stellt man fest, dass die Bildungskonzeptionen mit schönen Worten beschrieben werden, aber wenn es um ihre Umsetzungen geht, dann findet man selten konkrete Angaben. Bei der Sprachförderung wird immer aufgezählt, was man tun sollte, bei den Ganztagsangeboten, die von der Kommune entwickelt und finanziert werden, gibt es eine deftige Erhöhung der Entgeltsätze.

Bleibt festzuhalten: Die formulierte Zielsetzung, an den Heilbronner Schulen ein hochwertiges Ganztagesangebot einschließlich Schulverpflegung anzubieten und das schulische Lernen mit außerschulischen Angeboten zu verzahnen,, ist richtig, die Erhöhung der Gebühren ist falsch. Die Behauptung, Heilbronn zeige sich als liebenswerte und familienfreundliche Stadt, wird durch eine solche Erhöhung falsifiziert.

In der Tat können Ganztageschulen zur Bildungsgerechtigkeit beitragen, aber sie müssen gerade auch für Eltern mit geringem Einkommen bezahlbar sein.

Zu den Angeboten der außerschulischen Partner bitte ich noch um die Auskunft, ob diese ebenfalls noch mit zusätzlichen Kosten für die Schüler verbunden sein können. Ich denke z.B. an Besuche im Theater, im Museum oder in der experimenta.

Zu der Gestaltung der Schulhöfe: Eine Bemerkung wie: „Die Ausgestaltung und Ausstattung der definierten Bereiche folgt sowohl funktionalen als auch ästhetischen

Anforderungen“ hört sich gut an, bleibt aber wie so vieles in der Drucksache ganz im Allgemeinen. Da wünscht man sich konkrete Beispiele.

Abschließend noch eine Frage zu folgender Aussage (HN Bildungslandschaft, S. 27): Aufgrund des Personalmangels öffnen sich Ganztagschulen und Träger für die Gestaltung ihres Ganztagsangebots für Personen ohne pädagogische Ausbildung aber mit einer hohen Affinität für die pädagogische Arbeit mit Schülerinnen und Schülern. (...) Auch wenn derzeit für die Gestaltung der außerunterrichtlichen Ganztagesangebote an Ganztageschulen keine gesetzlichen Vorgaben vorliegen, führt das Konzept Heilbronner Bildungslandschaft Ganztageschule verbindliche Handlungsfelder und Aufgabenstellungen für die Arbeit mit den Schülerinnen und Schülern an den Ganztageschulen auf.“

Das ist ja recht vage beschrieben und wirft die Frage auf: Wer wählt diese Personen ohne pädagogische Ausbildung aus? Ist der Personalrat einbezogen? Wie werden Einstellungen und Unterrichtseinheiten kontrolliert?

Erhard Jöst, Die Linke